

Luckenwalder Erklärung anlässlich der Fraktionssitzung der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg am 12.2.2013

Fast jeder, der auf dem Land wohnt, kennt das Problem der weiten Wege zum nächsten Arzt oder der langen Wartezeiten auf einen Termin. Deshalb ist die angemessene medizinische Versorgung in allen Landesteilen eine der wichtigsten Aufgaben und damit eine der größten Herausforderungen für die Politik. Jeder Brandenburger soll die für ihn notwendigen Behandlungsmaßnahmen erreichbar und zeitnah erhalten. Deshalb sind vor allem Leistungen der wohnortnahen stationären Grundversorgung sowie die fach- und hausärztliche ambulante Betreuung zu stärken.

Im Landkreis Teltow/Fläming sichern die Krankenhausstandorte Luckenwalde und Ludwigsfelde die stationäre Grundversorgung auf hohem Niveau. Allerdings gibt es in der ambulanten medizinischen Versorgung einige Probleme. So ist die hausärztliche Betreuung bereits heute in einigen Gegenden von Teltow/Fläming unzureichend. Mindestens acht Hausärzte fehlen derzeit und über die Hälfte aller praktizierenden Ärzte ist älter als 50 Jahre. Das bedeutet, dass zeitnah dringend junge Ärzte gewonnen werden müssen.

Gerade eine älter werdende Gesellschaft benötigt ein engmaschiges Netz an speziellen Betreuungs- und Pflegeangeboten, die auf altersbedingte Erkrankungen ausgerichtet sind.

In diesem Zusammenhang steht auch der Pflegebereich vor großen Herausforderungen. Hier ist der Fachkräftemangel bereits besonders deutlich und wächst von Tag zu Tag. Pflege funktioniert nur mit ausreichendem, qualifiziertem und motiviertem Personal - in Pflegeheimen, bei ambulanten Pflegediensten und im privaten Bereich zur Unterstützung der häuslichen Pflege. Politik muss unterstützen und Anreize setzen, damit der aktuelle und künftige Pflegebedarf gedeckt werden kann.

Zur Absicherung der medizinischen und pflegerischen Versorgung setzt die CDU-Fraktion auf folgende Maßnahmen:

1. Krankenhäuser müssen auskömmlich, sachgerecht und verlässlich finanziert werden.
2. Studienbeihilfen für Medizinstudenten, die bereit sind, nach dem Studium und der Facharztausbildung eine Praxis beispielsweise im Landkreis Teltow/Fläming zu übernehmen oder dort als angestellter Arzt in einer Klinik bzw. im ambulanten Bereich tätig zu werden, müssen landesweit gewährt werden. (nach dem Vorbild des Landkreises Elbe/Elster, des Städtischen Klinikums Brandenburg oder der Gesellschaft für Leben und Gesundheit als Unternehmen der Landkreise Barnim, Uckermark und der Stadt Eberswalde)
3. Die privat initiierte Mediziner Ausbildung in Brandenburg ist zu unterstützen.
4. Mit der Charité, ist eine enge Abstimmung vorzunehmen, um zusätzliche Ärzte für Brandenburg auszubilden.
5. Die Ausbildung von Pflegekräften ist weiter durch zielgerichtete Maßnahmen des MASF zu forcieren – wenn nötig auch durch eine Umlage zur Finanzierung der Ausbildung.
6. Bei der Vergütung im Pflegebereich darf es zwischen den Bundesländern keine zu großen Verwerfungen geben, um geeignetes Pflegepersonal in Brandenburg halten zu können.
7. Eine ehrenamtliche Tätigkeit in der Pflege ist beispielsweise durch Gewährung von Vergünstigungen in kommunalen Einrichtungen im Kreis oder in der Kommune zu würdigen.